

„Kinderbetreuung ist eine Staatsaufgabe“

Parteilose Bürgermeister in Klausur in Bischoffen · Schlechte finanzielle Situation der Kommunen bemängelt

„Das Land muss bei den Komplettkosten der Kindergärten helfen, sonst geht es nicht.“ Das war das Fazit der Klausurtagung der parteilosen Bürgermeister in Bischoffen.

Waldeck-Frankenberg/Bischoffen. Trotz aller Sparbemühungen in den 426 Kommunen und der Reformpläne des Landes Hessen zur Finanzausstattung der Städte und Gemeinden werde die Lage nicht besser, betonten die parteilosen Bürgermeister, die sich in Bischoffen am Aartalsee mit der finanziellen Situation in Hessens Gemeinden intensiv befassten.

Rund ein Viertel der mehr als 140 parteiunabhängigen Bürgermeister (PuB), wie sich die Arbeitsgruppe nennt, war zu der Tagung gekommen. Die parteiunabhängigen Bürgermeister sind eine Arbeitsgruppe kommunaler Wahlbeamter ohne Parteieinbindung.

Am Anfang des Treffens standen die Informationen von Harald Semler, Sprecher der PuB,



Die parteiunabhängigen Bürgermeister mit Stadtrat Harald Semler (l.) an der Spitze berieten bei ihrer Klausur am Aartalsee in Bischoffen intensiv die schlechte Haushaltslage der Städte und Gemeinden in Hessen.

Foto: Götz Konrad

Vizepräsident des Hessischen Städte- und Gemeindebundes und im Tagesgeschäft Wirtschafts- und Baudezernent in Wetzlar. Die Bürgermeister beklagten, wie der sogenannte „Herbsterlass“, den der Innenminister am Rosenmontag bekannt gemacht hatte, sich durch strenge Steuersatzerhöhungen in nahezu allen hessischen Gemeinden auswirke und ansonsten kaum Ansätze zum Aus-

gleich der Haushaltsdefizite biete. Was von der Reform des Kommunalen Finanzausgleichs (KFA) bis 2016 zu erwarten sei, wurde diskutiert.

„Die Steuerschraube wird so lange ins Gewinde gedreht, bis der Haushalt der Kommune ausgeglichen ist“, befürchtete Stadtrat Semler. Andererseits betrieben Land und Bund ebenfalls überwiegend eine eigene Politik, die wiederum die glei-

chen Steuerzahler zu begleiten hätten.

Den größten Kosten-Posten hatten alle Parteiunabhängigen rasch im Blick: Die Zuschüsse aus den Gemeinde-Haushalten für die Kindergärten, die aufgrund der Vorgaben von Land und Bund in den vergangenen Jahren erheblich in die Höhe gegangen seien, würden bei den meisten Kommunen dem jährlichen Defizit in der Kasse ent-

sprechen. „Kinderbetreuung ist Staatsaufgabe“, formulierten die „Freien“. Für die Gebäude und Sachmittel würden die Kommunen gern weiterhin aufkommen, doch für die Personalausgaben müsse das Land aus eigenen Mitteln ausreichend Geld zur Verfügung stellen, war der einhellige Tenor des Treffens.

Dass das nicht gehe, weil das Land Hessen im Länderfinanzausgleich wiederum zu den „Gebern“ gehöre und andere Bundesländer gerade mit diesen Transfers ihre Kitas gebührenfrei stellen könnten, würden die Parteiunabhängigen als immerwährende Ausrede nicht stehen lassen. „Dann muss das Land auch mal prüfen, ob eine Übernahme der Kosten für eine solche Staatsaufgabe nicht womöglich vor der Zahlung an die „Nehmer-Länder“ zu leisten ist“, sagte Hohenahrs Bürgermeister Armin Frink.

Der Vorschlag war jüngst bei der Mitgliederversammlung des Hessischen Städte- und Gemeindebundes in Bad Vilbel an Finanzminister Dr. Thomas Schäfer geäußert worden. (r)

Fenster schließen

Ausschnitt drucken